

# Sitzungsvorlage



Nr.: 362/2004  
ausgefertigt am: 25.11.2004  
Fachamt: Amt Jugendhilfe  
zu beteiligende Gremien: – Jugendhilfeausschuss

## Integrierte Berichterstattung in Niedersachsen – IBN

Mit Erlass vom 16.07.2004 teilt das Nds. Ministerium für Soziales, Frauen, Familie und Gesundheit mit, dass das Modellprojekt „Einführung in die Integrierte Berichterstattung Niedersachsen“ umgesetzt wird. Das Modellprojekt wird von der „Gesellschaft für Beratung sozialer Innovation und Informationstechnologie (GEBIT)“ unterstützt werden. Die Projektlaufzeit beträgt drei Jahre. Im Nds. Landesjugendamt werden zusätzliche Stellenanteile für die fachliche Begleitung sichergestellt. Der Umfang des Auftrages an die GEBIT erstreckt sich auf die Bereiche „Integrierte Berichterstattung auf Landesebene“ und „Vertiefende Analysen und Prognosen“. Hier werden insbesondere Analysen zu Wirksamkeitszusammenhängen und zu Veränderungen von Jugendhilfeleistungen wie sozialstrukturellen Bedingungen im Verlauf der Zeit (Zeitreihen Analysen) entwickelt werden.

Mit der Integrierten Berichterstattung soll eine Grundlage dafür geschaffen werden, den Belangen der Jugendhilfe und deren Entwicklungserfordernissen ein Forum zu erschließen, in dem Bedarfsentwicklungen eingebunden in den Kontext sozialstrukturellen Wandels verhandelt werden können. Wesentliche Zielsetzung der Integrierten Berichterstattung ist ein auf Dauer angelegtes Beobachtungs- und Berichtskonzept über die Entwicklung der Inanspruchnahme von Leistungen im Bereich der Hilfen zur Erziehung. Insgesamt verfolgt die Integrierte Berichterstattung auch das Ziel, die fachliche und politische Diskussion um Handlungsbedarfe im Bereich der Jugendhilfe zu versachlichen und so auf eine rationale Basis zu stellen.

Gerade auch angesichts steigender Kosten in der Jugendhilfe – gerade bei den Hilfen zur Erziehung – und vor dem Hintergrund der angespannten Haushaltslagen wird immer wieder die Frage aufgeworfen, ob der entsprechende Mitteleinsatz notwendig ist bzw. Einsparungen getätigt werden können. Auch nach Vergleichen zur Kostenentwicklung in anderen Regionen, Städten und Landkreisen wird immer wieder gefragt. Die Jugendhilfe benötigt hier ein gesichertes Wissen über Fakten und Bedingungen, unter denen sich die Bedarfsentwicklung vollzieht.

Voraussetzung für die verbindliche Teilnahme während des definierten Projektzeitraumes von drei Jahren ist, dass eine Mitarbeiterin / ein Mitarbeiter des Jugendamtes für die Teilnahme an den Arbeitssitzungen und Schulungen sowie für die Erledigung der mit dem Projekt verbundenen weiteren Aufgaben für ca. 20 Arbeitstage freigestellt wird. Darüber hinaus verpflichtet sich die teilnehmende Stadt / der teilnehmende Landkreis zur Erfassung der zur Berechnung von Kennzahlen erforderlichen kommunalen Daten. Ferner obliegt die Information der örtlichen Gremien mit Ergebnissen der Integrierten Berichterstattung ebenfalls der teilnehmenden Stadt / dem teilnehmenden Landkreis.

Die Bezirksregierung Hannover, Niedersächsisches Landesjugendamt, stellt für den gesamten Projektzeitraum die fachliche Begleitung durch die „Gesellschaft für Beratung sozialer Innovation und Informationstechnologie (GEBIT)“ sicher und gewährleistet die Schulung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Jugendämter.

Darüber hinaus wird die kostenlose Nutzung eines web-basierten Systems zur Erfassung der Daten und deren Aufbereitung als Kennzahlen ermöglicht. Das Niedersächsische Landesjugendamt beschafft die für das Berichtssystem zentral vorliegenden Daten. Alle teilnehmenden Städte und Landkreise erhalten die im Rahmen des Berichtssystems erstellten Berichte und Dokumentationen kostenlos zur weiteren Verwendung.

Ferner wird das Niedersächsische Landesjugendamt allen teilnehmenden Städten und Landkreisen einen für das Vorhaben definierten Bereich ihrer internen Homepage zur Verfügung stellen.

**Beschlussvorschlag:**

Die verbindliche Teilnahme des Amtes Jugendhilfe des Landkreises Cuxhaven an dem Projekt „Integrierte Berichterstattung in Niedersachsen“ für die Projektlaufzeit von drei Jahren wird befürwortet.

Bielefeld